

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 6. November 2023

Sozialstaat effizienter gestalten, zusätzliche Arbeitsanreize schaffen und Missbrauch von Sozialleistungen effektiver bekämpfen

Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) ist mit Abstand der größte Einzeletat im Bundeshaushalt (knapp 172 Milliarden Euro). Für Leistungen aus dem Zweiten und Dritten Sozialgesetzbuch (u. a. Bürgergeld) werden mit 44 Milliarden Euro fast ein Viertel des BMAS-Etats für Sozialleistungen ausgegeben. Dazu kommen noch einmal 6,5 Milliarden Euro für das Asylbewerberleistungsgesetz. Zusammengenommen sind die Sozialausgaben im Bundeshaushalt in etwa so hoch wie der Etat für die Bundeswehr.

Daher fordern wir:

1. Keine Ausweitung von Sozialleistungen, Anreize für irreguläre Migration senken

Unser Sozialstaat kann und muss unerwartete und unverschuldete Härten des Lebens abfedern und allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance eröffnen, ihre Potentiale zu entfalten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Voraussetzung dafür ist aber erstens, dass der Bezug von Sozialleistungen nicht dazu verleitet, Anstrengungen zur Aufnahme und Ausweitung von Beschäftigung zu unterlassen oder sie sogar – etwa durch hohe Abzüge – bestraft. Dazu gehört die Wahrung der Leistungsgerechtigkeit des Lohnabstandsgebots: Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Und wer mehr arbeitet, muss dafür auch belohnt werden. Zweitens muss der Sozialstaat effizient und zielgerichtet sein: Hohe Sozialtransfers führen nicht automatisch zu mehr Chancengerechtigkeit. Im Gegenteil: Investitionen z. B. in Bildungsinfrastruktur tragen stärker zu mehr Chancen für alle bei als ein ausufernder Sozialstaat. Deshalb lehnen wir die Ausweitung von Sozialleistungen klar ab und begrüßen stattdessen Investitionen in Chancen und Zukunft etwa im Rahmen des Startchancen-Programmes. Drittens darf das hohe Niveau an Sozialleistungen in Deutschland nicht länger Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Denn auch Deutschlands Kräfte sind begrenzt. Die Kosten für Asylbewerber sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Auch sind die Sätze für das Bürgergeld erhöht worden. Wir fordern daher, die Dauer des Bezugs niedriger Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz über den 18. Monat hinaus zu verlängern. Zusätzlich könnten die individuellen Bedarfe nach unten korrigiert werden. Unter engen Bedingungen ist eine Absenkung des Leistungsniveaus auf nahe Null möglich, wenn feststeht, dass für einen Schutzsuchenden ein anderer EU-Mitgliedstaat nach den Dublin-Regelungen zuständig ist. Darüber hinaus fordern wir die Einführung einer elektronischen Bezahlkarte.

2. Zusätzliche Arbeitsanreize schaffen

Viele Menschen haben den Eindruck, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt. Der Sozialstaat muss Existenznot verhindern, aber die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen darf kein Dauerzustand sein. Sonst wird die Solidargemeinschaft überfordert. Ein moderner Sozialstaat ist keine Hängematte, sondern ein Sprungbrett. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Wer arbeitet muss immer spürbar mehr haben, als derjenige, der nicht arbeitet. Mit dem Abbau der kalten Progression sind wir einen ersten wichtigen Schritt gegangen. Wir müssen aber weiter mehr Menschen in Arbeit bringen, etwa Ältere und Frauen. Es gibt auf dem Arbeitsmarkt Millionen Menschen, die diesem theoretisch zur Verfügung stehen, aber von Sozialleistungen leben. Deshalb fordern wir eine Flexibilisierung des Rentenübergangs und der Wochenarbeitszeit. Auch müssen wir Frühverrentungsanreize abschaffen. Was für die Bezieher sozialer Leistungen recht ist, das muss für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch billig sein. Wir fordern als Reaktion auf die Anhebung des Bürgergeldes eine spürbare Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer. Wir wollen in den verschiedenen Sozialleistungen, wie etwa dem Bürgergeld und der geplanten Kindergrundsicherung, die Zuverdienstgrenzen so anpassen, dass negative Arbeits- und Leistungsanreize verhindert werden. Auch sind bessere Betreuungsangebote für Kinder und das Kinderchancenportal wichtige Bausteine, um Menschen in ihrer Jobsuche zu unterstützen.

3. Sozialbetrug wirksam bekämpfen und ahnden

Die Bundesagentur für Arbeit benennt den nachgewiesenen Vermögensschaden im Zusammenhang mit Sozialbetrug beim Bürgergeld im Jahr 2022 auf 272,5 Millionen Euro. Allerdings ist die Dunkelziffer hoch. Wir brauchen deshalb bessere Erfassungs- und Ermittlungsverfahren, um Sozialbetrug insgesamt stärker bekämpfen zu können. In den Fällen, in denen Sozialbetrug durch Menschen ohne deutschen Pass erfolgt, braucht es Übereinkommen mit den Herkunftsländern. Diese Menschen müssen unser Land schnellstmöglich verlassen.